

WAHLSYNOPSE ZUR EUROPAWAHL 2024

DGB
Jugend

**GUTE
ARBEIT?
BESSER MIT
EUROPA.**

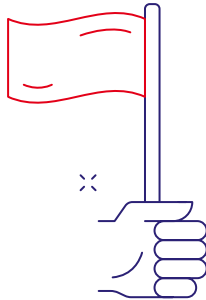


- 4 Gute Arbeit in Europa**
- 6 Transformation und Klimawandel**
- 8 Fluchtursachen bekämpfen und Asylpolitik**
- 10 Umverteilung und Steuergerechtigkeit**
- 12 Keine Stimme für die AfD!**
- 14 Mehr Infos zur Europawahl**

Gute Arbeit? Besser mit Europa!

Bei der Wahl des Europäischen Parlaments am 9. Juni 2024 können wir über die gemeinsame Zukunft Europas mitbestimmen. Die Gewerkschaftsjugend steht für ein gerechtes Europa mit guten Arbeitsbedingungen. Europa muss seine moralischen Werte verteidigen und die Probleme konstruktiv bekämpfen. Für gute Ausbildung und Arbeit, europäische Mindestlöhne, soziale Sicherung, eine gerechte Verteilung von Wohlstand und eine menschliche Migrations- und Asylpolitik gibt es nur eine Lösung: Ein solidarisches Europa!

Europäer*innen haben die Möglichkeit, für ein offenes, soziales Europa und gegen eine Politik der Abschottung einzustehen. Mit den Wahlen können wir verhindern, dass Rechtspopulist*innen ihre rassistischen, sexistischen, homophoben und trans*feindlichen Positionen ins Europäische Parlament tragen. Wir sind die Brandmauer!



Wir nehmen die immer größer werdende soziale Ungerechtigkeit und das Sterben an den Grenzen Europas nicht hin. Gemeinsam machen wir uns stark für bessere Bildungs-, Arbeits- und Lebensbedingungen in ganz Europa und mehr gemeinsame Verantwortung für Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, egal ob innerhalb oder außerhalb Europas. Wir nehmen Europa als Friedensprojekt ernst, wollen weiter zusammenwachsen und uns nicht spalten lassen.

Wir wollen wissen, wofür die einzelnen Parteien stehen – insbesondere zu den für Jugendliche besonders relevanten Themen. Deshalb haben wir die Parteiprogramme untersucht und die Ergebnisse in dieser Broschüre kurz und knapp zusammengefasst.

Gute Arbeit in Europa

Die EU muss zu ihren eigenen Werten stehen. Dazu gehört auch, für gute Arbeitsbedingungen zu sorgen und konsequent gegen Lohndumping, Ausbeutung und die Umgehung der EU-Mindestlohnrichtlinie vorzugehen. Gerade Arbeitsmigrant*innen werden besonders häufig ausgebeutet und müssen unter widrigsten Bedingungen in überfüllten Unterbringungen leben. Tarifbindung muss die Regel und nicht die Ausnahme sein – und gute Arbeitsbedingungen sollten allen Menschen in Europa garantiert werden. Der Mindestlohn muss europaweit umgesetzt werden und es müssen Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten geschaffen werden, um die Jugendarbeitslosigkeit innerhalb der EU zu bekämpfen und die Jugendgarantie konsequent durchzusetzen.



Die Jugendgarantie ist ein EU-Programm, das jungen Menschen bis 29 Jahren innerhalb von vier Monaten nach Arbeitslosigkeit oder Schulabschluss ein Angebot für eine Qualifizierung, ein Praktikum oder eine Arbeitsvermittlung machen soll. 2020 wurde die Jugendgarantie erweitert und bietet nun auch Jugendlichen, die nicht in Schule, Arbeit oder Ausbildung sind („NEET“) Unterstützung an. Die Finanzierung erfolgt durch die EU und nationale Förderung.

CDU/CSU

CDU/CSU möchten für mehr Beschäftigung in Europa sorgen. Mit den Steuereinnahmen kann der Staat finanziert werden. Dadurch soll die Sozialversicherung genügend Mittel zur Verfügung haben. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll verbessert werden. Die Tarifbindung soll erhöht werden. Arbeitnehmer*innenschutz soll auch für Plattformbeschäftigte eingehalten werden. Eine europäische Arbeitslosenversicherung lehnt die Union ab. Ausbildungs- und Berufsabschlüsse sollen leichter in anderen EU-Staaten anerkannt werden, damit es weniger Jugendarbeitslosigkeit gibt.

Bündnis 90/Die Grünen

Die Grünen wollen Dumpinglöhne und Scheinselbstständigkeit bekämpfen. Arbeitsinspektionen sollen verstärkt stattfinden. Eine gesamtschuldnerische Haftung (Unternehmen können auch für Verstöße von Subunternehmer*innen bestraft werden) und eine angemessene Unterbringung von Beschäftigten, besonders von Saisonarbeiter*innen, sollen rechtlich verankert werden. Die Vergabe von EU-Geldern wollen sie stärker daran koppeln, dass Ausbildungsplätze eingerichtet, Sozialstandards eingehalten und geltende Tarife befolgt werden. Außerdem dringen sie darauf, Berufsabschlüsse einfacher und schneller in jedem Land der EU anerkennen zu lassen, um die Berufschancen für junge Menschen zu verbessern.

SPD

Auch die SPD möchte die unwürdige Unterbringung mobiler Beschäftigter durch gesetzliche Mindeststandards beenden. Die SPD will nationale und europäische Kontrollen gegen Lohndumping. Das Mandat der europäischen Arbeitsagentur soll ausgeweitet werden. Die SPD fordert mehr Transparenz und Daten für Subunternehmen und Lieferketten sowie eine konsequente Durchsetzung des europäischen Mindestlohns. Als Maßnahme gegen Jugendarbeitslosigkeit fordert die SPD einen verbindlichen Qualitätsrahmen und eine angemessene Finanzierung für die Jugendgarantie. Außerdem wird eine verpflichtende Vergütung von Praktika sowie die grenzüberschreitende Vermittlung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen gefordert. EU-weit soll die Ausbildung von der Kita bis zum Meister oder Master gebührenfrei sein.

FDP

Die FDP fordert eine Mobilitätserleichterung für Arbeitsmigrant*innen. Mobile Arbeit („Homeoffice“) soll rechtssicher und selbstbestimmt garantiert werden. Zudem soll die Mindestgehaltsgrenze für die Blue Card (Blaue Karte) gesenkt und für nicht akademische Fachkräfte weiter geöffnet werden. Die Blaue Karte ist ein Aufenthaltstitel für Drittstaatsangehörige, die in einem EU-Mitgliedsstaat eine qualifizierte Beschäftigung aufnehmen möchten. Sie erleichtert die Einwanderung und den Aufenthalt von hochqualifizierten Fachkräften aus Nicht-EU-Ländern. Die Freien Demokraten wollen einen europäischen Talent-Pool nach Vorbild des kanadischen Punktesystems im Werben um Fachkräfte.



Die Linke

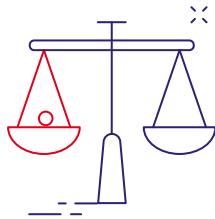
Die Linke will einen höheren gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland von 15 Euro, entsprechend der europäischen Mindestlohnrichtlinie. Die Löhne sollen überall in Europa nicht nur zum Überleben reichen (also das Existenzminimum sichern), sondern die soziale und kulturelle Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen („Living Wages“). Sie fordert Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen. Werkverträge und Leiharbeit sollen stärker kontrolliert werden. Subunternehmer-Auslagerungen sollen unterbunden und eine Generalunternehmerhaftung eingeführt werden. Die Linke will ein Streikrecht für Beamt*innen und ein Recht auf politische Streiks durchsetzen. Sie streitet für eine europaweite solidarische Ausbildungsfinanzierung und die Umsetzung der Jugendgarantie.

Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)

Das BSW möchte den sozialen Fortschritt in den EU-Verträgen festschreiben. Dazu gehört für das BSW, dass das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ gilt. Bei grenzüberschreitenden Arbeiten sollen faire Löhne sichergestellt sein. Der Fachkräftemangel soll durch bessere Ausbildung und gute Löhne bekämpft werden. Das Anwerben von Fachkräften aus dem Ausland lehnt das BSW ab.

Transformation und Klimawandel

Das letzte Jahr war das wärmste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Der globale Temperaturanstieg lag im Schnitt bei 1,5 Grad. Diese Entwicklung beunruhigt gerade junge Menschen, da sie mit dem leben müssen, was ihnen vorangegangene Generationen hinterlassen haben und werden. Es muss endlich Bewegung in den Klimaschutz und die EU-Klimaschutz-Ambitionen kommen. Allerdings dürfen Maßnahmen für den Schutz der Umwelt die Schere zwischen Arm und Reich nicht noch weiter öffnen. Die Transformation der Wirtschaft darf nicht überproportional die ärmere Hälfte der Bevölkerung belasten. Es müssen Wege gefunden werden, wie die bevorstehenden Strukturreformen sozial gestaltet werden können und Bürger*innen bei der Umrüstung entlastet werden können.



CDU/CSU

CDU/CSU möchte Technologieoffenheit in der Wirtschaft und beim Klimaschutz. Erneuerbare Energien sollen ausgebaut, Europa bis 2050 klimaneutral werden. Dazu soll auch Atomkraft beitragen. Der Green Deal soll wirtschaftsfreundlich weiterentwickelt werden. Der Umstieg auf erneuerbare Energien soll gefördert, vor allem aber marktwirtschaftlich organisiert werden. CO₂ soll gespeichert werden (Carbon Capture) und aus der Luft entfernt werden. Dadurch soll es möglich bleiben, Autos mit Verbrennungsmotor auch weiterhin zu erlauben. Um nötigen Wasserstoff zu importieren, soll die EU mit anderen Staaten kooperieren. Umwelt Richtlinien sollen vereinfacht werden.

Bündnis 90/Die Grünen

Die Grünen wollen einen schnellstmöglichen Ausstieg aus fossilen Energieträgern, inklusive Flüssiggas. Sie wollen alle Energienetze als Gesamtsystem betrachten und das europäische Stromnetz aus-, sowie ein Wasserstoffnetz aufbauen. Zudem soll ein massiver Ausbau der erneuerbaren Energien EU-weit vorangetrieben werden. Bürger*innen sollen als soziale Beteiligung ein Klimageld pro Kopf erhalten. Über kommunale Wärmepläne und die Beteiligung an Gewinnen von Wind- und Solarparks werden Gemeinden entlastet und ihre Energieversorgung transformiert.



SPD

Die SPD will eine europäische Kreislaufwirtschaft implementieren, um Rohstoffverbrauch und CO₂-Ausstoß zu minimieren. CO₂ soll wiederverwendet oder gespeichert werden. Hersteller von Elektrogeräten sollen zur Reparatur nach Ablauf der Gewährleistungsfrist verpflichtet werden. Bei der Sanierung von Gebäuden will die SPD die Bürger*innen finanziell stärker unterstützen. Der Energiemarkt soll auf grünen Wasserstoff erweitert werden. Auch Länder des globalen Südens sollen eine stärkere finanzielle Unterstützung bei der Transformation erhalten.

FDP

Die FDP möchte die Klimaziele nicht über Regulierungen schaffen. Stattdessen wollen die Liberalen auf dem Markt Innovationen fördern. Der Emissionshandel und „Carbon Capture Systeme“ (CO₂-Speicherung) sollen ausgeweitet werden. Der „Klimaklub“ ist ein Zusammenschluss von Staaten, darunter Deutschland, die sich noch ehrgeizigere Klimaschutzziele gesetzt haben und den Austausch über neue und bewährte Verfahren verbessern soll. Diesen will die FDP erweitern. Die Infrastruktur und Forschung an Wasserstoffbrennstoffzellen und Kernfusion soll von der EU vorangebracht werden. Die EU soll nicht in den Markt eingreifen und den Flugverkehr ohne Verbote bis 2050 klimaneutral gestalten.

Die Linke

Die Linke will klare Vorgaben für die Produktion und die Unternehmen, funktionierende Alternativen (z. B. Bahn und kostenfreien ÖPNV) für die Bevölkerung und eine Begrenzung des Luxus-Konsums (keine Privatjets und Megajachten). Steuervorteile und Subventionen z. B. für Flug-Kerosin sollen abgeschafft werden. Ein pro Kopf ausgezahltes Klimageld soll Bürger*innen zusätzlich entlasten. Carbon Capture und LNG (flüssiges Erdgas) werden abgelehnt. Zudem fordert sie eine Verkehrswende mit Bus- und Bahnausbau und kostenfreien ÖPNV in der EU. Sie fordert eine Agrarwende ohne Massentierhaltung – dafür mit Subventionen, die bessere Arbeitsbedingungen und Nachhaltigkeit fördern.

Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)

Wichtig für das BSW ist, dass Energie möglichst günstig ist. Energie- und Klimapolitik soll grundsätzlich technologieoffen gestaltet werden. Der Import von Energie und Rohstoffen aus Russland soll wieder ermöglicht sein. Eine CO₂-Bepreisung zur Senkung der Emissionen lehnt das BSW ab. Der ÖPNV soll ausgebaut werden. Private oder kommunale Initiativen zum Aufbau von erneuerbaren Energien sind zu unterstützen. Zwar sollen der Ausstoß von CO₂ gesenkt werden, Autos mit Verbrennungsmotor aber auch in Zukunft gebaut werden.

Fluchtursachen bekämpfen und Asylpolitik

Das Sterben an den Grenzen Europas muss gestoppt werden! Die Würde des Menschen und Europa als Friedensprojekt müssen geschützt werden. Ganz Europa trägt die Verantwortung für Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen. Die Bekämpfung von Fluchtursachen ist auch ein Kampf gegen Hunger und Ausbeutung in Ländern außerhalb Europas. Es braucht mehr gemeinsame Verantwortung in Europa: Sofortprogramme zur Rettung von Geflüchteten, menschenwürdige Unterbringungen und Unterstützung. Nationalismus kann niemals die Antwort sein!



CDU/CSU

CDU und CSU möchten die irreguläre Migration in die EU stoppen. Den Zuzug von benötigten Fachkräften möchten die beiden Parteien allerdings erlauben. Die EU-Außengrenzen sollen stärker überwacht werden. Dazu soll die EU-Grenzschutzbehörde Frontex vergrößert werden und mehr Möglichkeiten erhalten. Kontrollen an Grenzen zwischen EU-Staaten sollen möglich sein. CDU/CSU möchten, dass Geflüchtete in andere Staaten außerhalb der EU abgeschoben werden, wo ihre Asylanträge bearbeitet werden sollen. Wenn die Anträge angenommen werden, sollen die meisten Geflüchteten in diesen Drittstaaten bleiben, nur wenige sollen in die EU kommen dürfen. Vorrangiges Ziel ist die Bekämpfung von Fluchtursachen.

Bündnis 90/Die Grünen

Die Grünen wollen die Ursachen von Flucht bekämpfen und sich zum Beispiel dafür einsetzen, dass EU-weit die Quote von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Entwicklungshilfe ausgegeben wird. Der Auf- und Ausbau lokaler Saatgutbanken soll gefördert und Nahrungsspekulationen durch EU-Mechanismen unterbunden werden. Sie wollen das Asylrecht garantieren, Kommunen stärken und die Befugnisse der EU-Asylagentur sowie die Integrationsfonds ausbauen. Es sollen keine Pushbacks (Zurückdrängung von Schiffen, auch in Seenot) mehr durchgeführt werden. Die Arbeit von Frontex (EU-Grenzschutzbehörde) ist parlamentarisch zu kontrollieren.



SPD

Die SPD plädiert dafür, 0,7 Prozent des BIP als Entwicklungszusammenarbeit auszugeben. Eine Global-Gateway-Initiative ist neu aufzulegen, um ökologische, soziale und geschlechterspezifische Ungleichheiten in Ländern des globalen Südens zu bekämpfen. Die SPD fordert die Wahrung der Menschen- und Flüchtlingsrechte an den EU-Außengrenzen. Es soll keine Grenzverfahren für geflüchtete Minderjährige, Familien und andere vulnerable Personengruppen geben. Zusätzlich soll der Zugang Geflüchteter zu Arbeit und Ausbildung harmonisiert werden.

FDP

Die FDP möchte Flucht präventiv verhindern und Schutzzonen in Fluchtländern einrichten. „Irreguläre Migration“ ist zu bekämpfen, Außengrenzlager sind zu errichten – unter Wahrung des Menschen- und Flüchtlingsrechts. Frontex, die Grenzschutzbehörde der EU, wollen die Liberalen auf 10.000 Mitarbeitende ausbauen und die Seenotrettung mit den neuen Kapazitäten übernehmen. Abschiebungen sollen konsequenter durchgeführt und auch in sichere Drittstaaten verlagert werden.

Die Linke

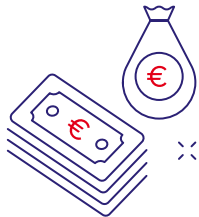
Die Linke möchte eine solidarische Nachbarschafts- und Handelspolitik fördern, die für Investitionen vor Ort sorgt und an die Einhaltung von demokratischen, sozialen und rechtlichen Standards gebunden ist. Waffenexporte jeglicher Art sollen verboten und im Gegenzug Friedensinitiativen ausgebaut werden. Über faire Handelsabkommen mit Ländern des globalen Südens möchte Die Linke Armut und somit Fluchtursachen bekämpfen, Frontex soll in eine Rettungsmission umgewandelt werden. Das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) lehnt Die Linke ab, denn es sieht Lager und Schnellverfahren für Schutzsuchende vor, die das Asylrecht aushöheln und die Menschenrechte verletzen.

Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)

Das BSW fordert eine restriktive Migrationspolitik in der EU. Das BSW möchte, dass Asylverfahren an der EU-Außengrenze und in Drittstaaten stattfinden. Das Recht auf Asyl soll aber beibehalten werden. Flucht- und Migrationsursachen sind durch Handels- und Entwicklungspolitik zu reduzieren. Zuwanderung von Fachkräften, außer im Rahmen von begrenzten Kontingenten, lehnt das BSW ab.

Umverteilung und Steuer- gerechtigkeit

Durch Steuertricks und Steueroasen sparen Unternehmen wie Apple, Amazon und Google Milliarden ein, obwohl sie in Europa gigantische Umsätze und Gewinne verbuchen. Dieses Geld wird dringend benötigt. Statt des Dogmas der „schwarzen Null“ und der anhaltenden Sparpolitik braucht es eine Politik der Umverteilung und konsequenten Besteuerung. Die Nachwirkungen der Corona-Pandemie sind immer noch zu spüren und Investitionen sind für die Transformation der Wirtschaft und gute Arbeitsplätze in den Transformationsregionen unabdingbar. Wir brauchen einen Kurswechsel! Das Geld ist da, es wird nur ungerecht verteilt.



CDU/CSU

CDU/CSU wollen Schulden nur im Notfall aufnehmen, etwa bei Krisen wie der Corona-Pandemie. Schuldenbremsen sind streng einzuhalten. Steuern sollen nicht erhöht, Reiche nicht stärker belastet werden. CDU/CSU möchten weniger Regeln, die aus ihrer Sicht zu viel Bürokratie für Unternehmen bedeuten, auch wenn diese Nachhaltigkeit und gute Arbeitsbedingungen bewirken. Strukturschwache Gebiete und Transformationsregionen sollen durch die EU unterstützt werden.

Bündnis 90/Die Grünen

Die Grünen möchten sich für die Trockenlegung der Steueroasen einsetzen, sowohl inner- als auch außerhalb der EU. Sie fordern mehr Einsatz gegen Briefkastenfirmen, unter anderem durch eine bessere grenzüberschreitende Kooperation der Steuerbehörden. Sie fordern eine Quellensteuer (wie die Lohnsteuer gehen sie direkt an die zuständige Behörde) auf Dividenden und Zinszahlungen, sowie einen EU-weiten Quellensteuer-Mindestsatz. Das Instrument der Übergewinnsteuer soll auch für andere Bereiche fest verankert werden, um in ökonomischen Sondersituationen die öffentlichen Haushalte zu entlasten.



SPD

Die SPD plädiert für eine einheitliche Mindestbesteuerung, um Steueroasen zu bekämpfen. Sie will eine Finanztransaktionssteuer. Steuerhinterziehung und Steuervermeidung sollen durch gemeinsame Regelungen verhindert werden. Die SPD möchte Steuergerechtigkeit, Transparenz und Auskunftsrechte erweitern. Zudem sollen Schuldenschnitte für gezielt nachhaltige und soziale Vorhaben möglich werden, auch für Länder des globalen Südens. Außerdem fordert die SPD, dass keine höheren Steuern auf Produkte und Dienstleistungen für Frauen, wie Periodenprodukte, anfallen. Steuerbetrug soll stärker bekämpft werden.

FDP

Die FDP möchte keine Steuererhöhungen, sondern -senkungen. Oberste Priorität hat der systematische Abbau von Schulden. Die EU soll keine weiteren Kredite aufnehmen, aber umgehend die in der Corona-Pandemie aufgenommenen Schulden tilgen. Die FDP will die Europäische Zentralbank vollumfänglich bei der Bekämpfung der Inflation unterstützen und die Schuldenaufnahme über Konjunkturprogramme stoppen. So soll Europa auch weiterhin wettbewerbsfähig bleiben.

Die Linke

Die Linke will hohe Vermögen stärker besteuern. Steueroasen müssen trockengelegt werden: durch einen höheren Mindeststeuersatz in der EU und eine dauerhafte Besteuerung von Übergewinnen. Steuerschlupflöcher sind zu schließen. Die Schuldenregeln und -bremsen sollen abgeschafft werden. Die Linke fordert, öffentliche Investitionen, die dem Allgemeinwohl dienen, nicht in den Schuldenstand mit einzuberechnen. Das EU-Parlament soll eigenständig Kontrolle über den EU-Haushalt bekommen. In Regionen des Strukturwandels wird nach dem Prinzip „Just Transition“ investiert. Transformationsräte sollen über dieses Geld verfügen.

Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)

Das BSW möchte eine Mindeststeuer für Unternehmensgewinne von 25 Prozent, die einheitlich in der EU angewendet wird. Steuervermeidung soll unterbunden und Geldwäsche soll bekämpft, eine Finanztransaktionssteuer eingeführt werden. Das EU-Budget wird nicht erhöht. Die Mitgliedsstaaten sollen wieder mehr Einfluss bekommen, die Möglichkeiten der EU sollen begrenzt werden. Die wichtigsten politischen Fragen werden in den Nationalstaaten entschieden, auch ob es Schuldenregeln geben soll. Schulden für öffentliche Investitionen sollen möglich sein.

Keine Stimme für die AfD!



Die radikal rechte AfD tritt auch zu den Europawahlen an – gegen Europa. Ihre rassistischen und neoliberalen Positionen stehen für all das, was wir als engagierte Gewerkschafter*innen und überzeugte Europäer*innen ablehnen.

Die AfD hat keine Antworten auf soziale Probleme. Sie dämonisiert Geflüchtete und macht sie verantwortlich für Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit. Sie steht für Abschottung und Nationalismus: Mobilität soll begrenzt, Menschen sollen abgeschoben und Grenzen militarisiert werden.

Die AfD ist europafeindlich. Sie fordert die Abschaffung des EU-Parlaments, will den Euro einstampfen und die EU in ihrer jetzigen Form abschaffen. Die Politik der AfD gefährdet das Friedensprojekt Europa.

Wir sind gegen ein Europa der Rechtspopulist*innen!

In ganz Europa nutzen Rechtspopulist*innen die Abstiegsängste und sozialen Problemlagen, um Hass vor allem gegen Muslim*innen, Migrant*innen und Demokrat*innen zu schüren. Für uns ist klar, dass wir uns im Betrieb, in Dienststellen und auf der Straße gegen Rassismus, Nationalismus, Sexismus, Homophobie und Trans*feindlichkeit einsetzen. Für ein solidarisches Europa!

Arbeit und Mitbestimmung

Die AfD möchte die Freizügigkeit innerhalb der EU einschränken. Die AfD hat keine Strategien zur Stärkung der Ausbildung in Europa oder zur Abschaffung von Jugendarbeitslosigkeit. Sie hat keine Ideen für gute Arbeitsbedingungen, denn gute Ausbildung und gute Arbeit passen nicht in ihre nationalistische Agenda. Die AfD hat keine Positionen zu Mitbestimmung und Betriebsräten in Europa. Demokratie am Arbeitsplatz spielt für die AfD keine Rolle.

Klimawandel

Die AfD glaubt trotz aller wissenschaftlicher Erkenntnisse nicht an den menschengemachten Klimawandel. Sie möchte vollends auf fossile Brennstoffe setzen und stemmt sich gegen jegliche Art des Ausbaus erneuerbarer Energieträger. Damit gefährdet die AfD skrupellos unsere Lebensgrundlagen.

Umverteilung und Steuer- gerechtigkeit

Die AfD möchte, dass Unternehmen weniger Steuern zahlen. Das führt dazu, dass weniger Geld für soziale Leistungen und öffentliche Infrastruktur zu Verfügung steht. Die EU soll insgesamt weniger Geld ausgeben. Die AfD möchte nicht, dass sich die EU mit Sozialpolitik beschäftigt. Die Mitgliedsstaaten sollen festlegen können, wer Sozialleistungen bezieht und wie diese ausfallen. Die AfD möchte, dass der Sozialstaat zurückgebaut wird.

Flucht/Asylpolitik

Nationale Grenzkontrollen sollen wiedereingeführt werden. Für den Schutz der Außengrenzen sollen die Nationalstaaten verantwortlich sein, die EU soll unterstützend eingreifen. Die Rettung von Geflüchteten durch Nichtregierungsorganisationen soll als schwere Straftat verfolgt werden. Die AfD will, dass Abschiebungsprogramme in größtmöglichem Umfang durchgeführt werden. Das ist menschenfeindlich!

Fazit

Die AfD ist der Feind der Beschäftigten. Sie lehnt höhere Löhne und eine Ausweitung des Streikrechts ab. Sie ist gegen Tarifverträge. Die AfD ist gewerkschaftsfeindlich, mit ihr gibt es keine soziale Gerechtigkeit. Auf wichtige Forderungen hat sie keine Antwort, denn gute Arbeit und Gerechtigkeit interessieren die AfD nicht!

Mehr Infos zur Europawahl

Diese Wahlsynopse fasst die Parteipositionen zur Europawahl zusammen, die der Gewerkschaftsjugend besonders wichtig sind. Allerdings ist ein Abriss von komplexen Themenfeldern und einer Vielzahl an Positionen nie komplett. Es lohnt sich deshalb ein Blick in die Wahlprogramme der Parteien.

Links zu den Wahlprogrammen (CDU/CSU, Grüne, SPD, Die Linke, FDP, BSW)
jugend.dgb.de/europawahl-2024

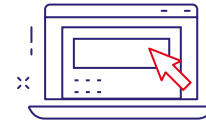
Übrigens: Auf dieser Website findest du auch weitere Informationen zur Europawahl, z. B. die Wahlsynopse des DGB, die noch weitere Themen beinhaltet.

Es treten mehr als nur die sechs genannten Parteien zur Europawahl an. Aus Platzgründen konnten wir hier nicht die Positionen aller Parteien aufführen. Auf eine Partei haben wir aber bewusst verzichtet: Wir wollen mit unserer Wahlsynopse nicht zur Normalisierung von radikal rechtem Gedankengut beitragen – deshalb führen wir die AfD auch nicht neben den anderen Parteien auf. Dennoch wollen wir zeigen, wie menschenfeindlich und rückwärts-gewandt das Wahlprogramm der AfD ist und haben es kurz zusammengefasst.

Für die Gewerkschaftsjugend ist klar:

Die AfD ist keine Alternative!

Weder für Deutschland noch für Europa.





Impressum

V.i.S.d.P.: Kristof Becker,
DGB-Bundesjugendsekretär

Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand
Abteilung Jugend und Jugendpolitik
Keithstraße 1, 10787 Berlin

Redaktion: Philipp Siewert, Julian Neisser

Lektorat: Jürgen Kiontke

Gestaltung: 4S Design

Druck: DCM

März 2024

**EUROPAWAHL AM 9. JUNI –
JETZT SCHON AB 16!**



SOLIDARITÄT GEHT IMMER!